

Theo Rathgeber*

Nachhaltigkeit in Kolumbien: Indigene Experimente in Zeiten des Krieges

Resumen: Los pueblos indígenas de Colombia muestran una capacidad enorme en sostenerse como culturas diferentes. Así, el concepto de ‘sostenibilidad’ significa, en el contexto de pueblos indígenas, no solamente el uso apropiado de los recursos naturales, sino también la reproducción de instituciones y líderes para que se mantenga y desarrolle la manera específica de vivir en condiciones más ajustadas a y con el medio ambiente; de acuerdo con los propios métodos y criterios. Eso significa también, que algunos de los criterios ya no se relacionan exclusivamente con el pasado, sino muestran un proceso sofisticado de ganar nuevos espacios para la autodeterminación en el mundo moderno. Esto no se lleva a cabo automáticamente, sino precisa formas de organizarse. Hay que desarrollar actividades sociales para construir el contexto apropiado en materia social, económica y política. Realizándolo esto, los pueblos indígenas y sus organizaciones se han convertido en uno de los actores más importantes en Colombia los que sostienen la democratización de la sociedad y ponen énfasis en la necesidad de recuperar el campo de la política como instrumento para generar la sociedad.

Summary: Indigenous peoples of Colombia show an enormous capacity of sustaining themselves as distinct cultures. ‘Sustainability’ as a concept means, therefore, in the context of indigenous peoples – beyond the appropriate use of natural resources – the reproduction of institutions and personalities; in order to maintain and develop the specific lifestyle and livelihood according to own means and own criteria. This means, too, that some criteria are no longer exclusively linked with the past, but show a sophisticated process of gaining new areas of self-determination in the modern world. This does not happen automatically but has to be organized. It needs social activities in order to build the appropriate social, economical and political environment. Doing so, indigenous peoples and organizations have become a main subject in Colombia which sustains the democratization of the entire society and stress the idea to regain the field of politics for generating society.

* Politologe, Lehrbeauftragter an der Universität Kassel. Dr. Theo Rathgeber ist ehrenamtlicher Koordinator für den Themenbereich Indigene Völker in Lateinamerika bei der Gesellschaft für bedrohte Völker.



Einführende Überlegungen

Je mehr über den Begriff 'Nachhaltigkeit' und seinen Deutungsgehalt nachgedacht wird, desto diffuser scheint sein realer Gehalt zu werden. Auch die wissenschaftliche Diskussion um den Begriff brachte eher neue Facetten und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen als eine eindeutige Zuordnung hervor. Dies muss angesichts der vielfältigen Wirklichkeit per se auch nicht schlecht sein. Konzepte von Nachhaltigkeit bestimmen sich schließlich nicht allein nach 'objektiven' Gesichtspunkten. Im Gegenteil: Nachhaltigkeit zu bestimmen bedeutet, über die Festlegung einiger Grundprinzipien regenerativer Ressourcennutzung hinaus, die Auswahl von Prämissen aus den Entwicklungsleitbildern der Gesellschaft, aus unterschiedlichen Zeit- und Erwartungshorizonten sozialer Akteure und darauf gerichteter, politischer Strategien.

Aber auch der wissenschaftliche Diskurs ist nicht eindeutig. So beschäftigt sich die OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development) seit Jahren unter dem Stichwort Nachhaltigkeit ('sustainability') mit der konzeptionellen Umgestaltung von Gesellschaften. Als Handlungsfelder bestimmt die OECD in der Regel Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialbelange sowie entsprechende Politikreformen. Wobei es häufig im wesentlichen um das umweltverträgliche Produzieren und den effektiven Einsatz von knapper Energie (gleich Kosten) geht (OECD 2001). In den länderspezifischen Untersuchungen derselben Institution, die sich konkret mit Reformen von Politik und Wirtschaft zur Gestaltung der Zukunft des jeweiligen Landes beschäftigen, kommen Überlegungen zur Nachhaltigkeit dagegen kaum bis gar nicht zum Zuge. Hier überwiegt die klassische Auseinandersetzung um das Wie der Liberalisierung von Märkten; was natürlich auch in gewisser Weise nachhaltig ist (Edwards 2001). Augenscheinlich ist es möglich, dass in derselben Institution das gleiche Themenfeld – die zukünftige Gestaltung von Gesellschaften zum Wohle der gesamten Bevölkerung – unterschiedlich bearbeitet und begrifflich besetzt wird.

Auch in der Genese des Begriffs Nachhaltigkeit stand am Anfang im forstwirtschaftlichen Bereich das Konzept der Wiederaufforstung. Das gedankliche Prinzip wurde nach und nach auf die Wechselwirkungen von Wirtschaft, Umwelt(-verbrauch), sozialen Fragen (Armut) und notwendigen Politikreformen übertragen, um eine nachhaltige Entwicklung zu definieren. Unbeschadet des erweiterten Blickfeldes kreisen allerdings viele Überlegungen zur Nachhaltigkeit nach wie vor um die Stichworte "umweltverträglich" und "ressourcenschonend". Erst in jüngerer Zeit gerieten Aspekte der Kultur und spiritueller geformten Leitbilder zur nachhaltigen Gestaltung der Umwelt in den Blick.

Einen besonderen Anstoß erfuhr die Debatte um Nachhaltigkeit durch den Umweltgipfel von Rio de Janeiro 1992. Die Prinzipien Nr. 7 und Nr. 8 der Erklärung des Umweltgipfels – der Agenda für das 21. Jahrhundert (Agenda 21) – legen fest, dass die Staaten der Erde im Geist globaler Partnerschaft zusammenarbeiten sollen, um die Integrität und Vitalität des Ökosystems der Erde zu bewahren, zu schützen und wiederherzustellen. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, alle nicht nachhaltigen

Formen der Produktion und des Verbrauchs abzustellen, um eine nachhaltige Entwicklung und eine höhere Lebensqualität für die Menschen zu erzielen. So soll der Ausstoß von Kohlendioxid verringert und umgekehrt die biologische Vielfalt aufrecht erhalten werden. Kapitel 26 der in Rio verabschiedeten Agenda 21 nimmt dabei ausdrücklich Bezug auf indigene Völker, die einen substanziellen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung liefern. Hier, immerhin, sind soziale Akteure und historische Erfahrungen zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung konkret benannt.

Die sich an Rio de Janeiro anschließende internationale Debatte um Nachhaltigkeit – etwa im Rahmen der Konventionen zum Erhalt der biologischen Vielfalt und zum Schutz des Klimas – lenkte den Blick schließlich vollends auf die Erfahrungen und Handlungsformen traditionellen Wirtschaftens, lokal angepasster Techniken, kollektiven Wissens und der entsprechenden sozialen Organisation. Nicht, um komplexe Industriegesellschaften mit den Mitteln einer tradierten (Dorf-)Gemeinschaft umzugestalten. Sondern anhand des beeindruckenden Vermögens dieser Gemeinschaften, ökologisch äußerst sensible Gebiete aufrecht zu erhalten und sogar zu nutzen, eine selbstkritische Reflexion über die eigenen Werte, Prämissen und Technologien zur Gestaltung der Zukunft in Gang zu setzen. Aus gutem Grund rückte gerade in diesen Debatten die bewusste Organisation von lokalen Gemeinschaften und nationalen Gesellschaften, also der Primat der Politik, wieder in den Vordergrund und wurde der postulierten Auto-regulation durch Märkte mit großer Skepsis begegnet.

1. Nachhaltigkeit' im indigenen Kontext

An den erwähnten Debatten haben sich von Anfang an Repräsentanten indigener Völker rege beteiligt. Dies traf zum einen auf eine Erwartungshaltung, dass natürlich diejenigen gehört werden müssen, die ihr 'Leben im Einklang mit der Natur' führen. Um so konfliktreicher gerieten demgegenüber die Auseinandersetzungen, da die indigenen Vertreter weniger der Romantik wegen sondern um des realen Überlebens willen sich an den Diskussionen beteiligten. Die Rohstoffausbeutung bis in den letzten Winkel der Erde, Biopiraterie, die zunehmende Nachrangigkeit von Landrechten gegenüber Investitionsschutzabkommen, die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche einschließlich religiöser Zeremonien deuten in wenigen Stichworten an, dass der Einklang mit der Natur schon seit langem empfindlich gestört worden war. Umgekehrt müssen auch viele indigene Gemeinschaften neue Antworten finden, um eine selbstbestimmte Zukunft, und das heißt nachhaltige Entwicklung der gesamten Gemeinschaft vorstellbar werden zu lassen.

Gleichwohl halten die Überlieferungen und Restbestände an eigener, indigener Kultur genügend Anschauungsmaterial bereit, um die Potentiale für das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung erkennen zu können. So ist die ressourcenschonende stoffliche Verarbeitung der Natur heute noch anzutreffen; wenngleich aus unterschiedlichen Beweggründen. Es gibt nach wie vor verkehrstechnisch schwer zugängliche oder vernachlässigte Gebiete, in denen die dortigen Bewohner vergleichsweise wenig in das

kapitalistische Marktgeschehen integriert sind. Insofern behalten sie ihre tradierten Lebensformen in Teilen bei. Ebenso bremsen Armut und die systematische Vernachlässigung der staatlichen Bildungsaufgabe die Anpassung an die Vorgaben einer kommerziellen Land- und Hauswirtschaft. Diese Bewirtschaftungsmuster folgen im wesentlichen dem naturwüchsigen Verlauf der kapitalistischen Inwertsetzung von Regionen, Landschaften und dortigem Humankapital. Sie verändern sich rasch, wenn, wie beim Drogenanbau, große Gewinnspannen winken. Wobei die indigenen Anbauer allenfalls auf bescheidene Steigerungsraten beim Konsum hoffen können.

Demgegenüber wiederbeleben indigene Gemeinschaften und Organisationen traditionelle Lebensformen und Formen nachhaltigen Wirtschaftens auch bewusst. Zum einen reagieren sie auf Probleme mit der Sicherung des Lebensunterhalts durch Boden-erosion oder andere Zerstörungen der natürlichen Umwelt. Ebenso suchen sie nach Möglichkeiten, die Landflucht vor allem der jüngeren Leute zu stoppen oder Alternativen für die Drogenbewirtschaftung zu finden. Letztere gefährdet das soziale Gefüge in den Gemeinschaften akut. Die politische und soziale Neuorganisation der Gemeinschaft, entsprechend den kulturellen Koordinaten, soll neuen Halt geben. Allerdings sind diese Initiativen aus der Not geborenen, deren Grundmotiv zu Handeln mit dem Wegfall des Problems möglicherweise wieder erlischt.

Davon sind noch einmal diejenigen Ansätze zu unterscheiden, die eine strategische Wiederbelebung indigener Lebensformen formulieren und den Begriff der Nachhaltigkeit umfassend als Wiedergewinnung der von der Herkunft bestimmten sozialen, politischen und kulturellen Identität verstehen. Nachfolgende Generationen sollen demnach die Chance haben, ihr Leben möglichst nach 'eigenen' Prämissen zu gestalten und selbstbestimmt über ihre Zukunft und die der Gemeinschaft zu entscheiden. Derartige Experimente indigener Völker in Kolumbien berufen sich zum einen auf das tradierte kollektive Wissen der Gemeinschaft. Dort wird außer den Wechselwirkungen von Mensch und Natur auch die Notwendigkeit formuliert, soziale und kulturelle Bindungen immer wieder neu zu organisieren. Zum anderen werden zusehends und immer häufiger auch öffentlich die spirituellen Leitbilder artikuliert und in Entscheidungsprozesse einbezogen. Der Bezug auf *Pacha Mama*, die Mutter Erde, ist dafür zum Symbol geworden; wengleich zur Instrumentalisierung des Begriffs durch Indigene selbst einiges zu sagen wäre. Die Rückgewinnung und praktische Verwertung der verbindenden und vernetzenden Schau aller Kräfte (Religion, Kosmologie) setzt wiederum voraus, dass Mechanismen, Institutionen und Personen aktiviert werden, die diesen Erfahrungsschatz vermitteln. Wobei allerdings alle Debatten um Kosmologie und Spiritualität nach wie vor zurückhaltend in die Öffentlichkeit gebracht werden. Ebenso wirken die Schamanen bis heute eher im Hintergrund einer Versammlung oder eines Kongresses. Sie tagen im Verborgenen, um entsprechend ihrer tradierten Rolle den Verlauf des eigentlichen Kongresses vorausschauend zu begleiten: mögliche Störungen vorwegzunehmen oder für ein gutes Gelingen zu forschen. Im öffentlich stattfindenden Kongress finden sie dagegen kaum Erwähnung (Rathgeber 2001a: Aufzeichnungen).

2. Indigene Völker in Kolumbien

Die präkolumbischen Völker Kolumbiens lebten in relativ kleinräumigen, eigenständig verwalteten Siedlungen bzw. Wandergebieten. Ein imperiales Regime mit staatlicher Organisation, vergleichbar den Inkas in Peru oder den Azteken in Mexiko, existierte nicht. Nach Ansicht des Ethnologen Mark Münzel (1985) erschwerte diese Konstellation unabhängiger Gemeinschaften der spanischen Kolonialherrschaft die totale Unterwerfung und ermöglichte in unwegsameren Gebieten in Ansätzen sogar eine gewisse eigenständige, teilweise im Verborgenen stattfindende Entwicklung unter der Führung der eigenen traditionellen Eliten. In Kolumbien traf dies vor allem auf die Gebiete des tropischen Regenwaldes und die auf dem Landweg schwer einnehmbaren Gebirgszonen wie Tierradentro im heutigen Department Cauca zu. Darüber hinaus entwickelten indigene Völker nicht nur in Kolumbien die erstaunliche Fähigkeit, koloniale Strukturen und Formen der sozialen Organisation für eigene Zwecke zu nutzen. So ist der von den Spaniern eingeführte *cabildo* (Dorfrat) mit seinen Befugnissen zur lokalen Selbstverwaltung für die Indigenen in Kolumbien zum Inbegriff der politischen Autonomie geworden.

Der Anteil indigener Völker an der aktuellen Gesamtbevölkerung Kolumbiens beträgt zwischen 2 und 2,5 Prozent. Wie so oft, schwanken die Angaben je nach Quelle. Die regierungsamtliche Statistik weist knapp 600.000 Angehörige aus. Die Schätzungen insbesondere indigener Vertreter liegen zwischen 700.000 und 800.000; mit 64 verschiedenen Sprachen und 20 Sprachfamilien. Ein wesentlicher Aspekt der unterschiedlichen Zahlen betrifft die (Nicht-)Berücksichtigung der in den Städten lebenden Nachfahren der Indígenas. Ebenso variiert die vermutete Anzahl einzelner Völker zwischen 81 und 84, die auf annähernd 500 Reservationen und anderen rechtlich besonders geschützten Territorien leben. Von den über 80 Völkern und Gemeinschaften leben 56 im Osten Kolumbiens in den Savannen und im tropischen Regenwald des Amazonasbeckens. Die Verteilung in den 27 (von insgesamt 32) *departamentos* ist höchst unterschiedlich. Die größten prozentualen Anteile an der jeweiligen Landesbevölkerung weisen die Bundesstaaten Guainía (96,9 Prozent), Vaupés (47,8), Amazonas (27,8), Cauca (22,9) und Guajira (22,4) auf. Die höchste Gesamtzahl pro Departement mit ca. 180.000 Angehörigen ist im Cauca anzutreffen. Zu den bevölkerungsreichsten Völkern zählen die Nasa (auch: Páez) im Departement Cauca, die Embera im Nordwesten Kolumbiens, die Wayuu auf der im Nordosten gelegenen Halbinsel Guajira und die Zenú an der Atlantikküste (Pineda Camacho 1995; Rathgeber 1997b und 1999 [Interviews]).

Die Vielzahl der räumlichen und klimatischen Bedingungen haben eine entsprechend große Fülle an unterschiedlichen Lebensweisen der einzelnen Völker und Gemeinschaften hervorgebracht. Darauf kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Für das Verständnis des vorliegenden Artikels reicht es aus, drei grobe Unterscheidungsmerkmale zu benennen. Die im tropischen Regenwald (Amazonasbecken und Pazifikküste) heimischen Indígenas leben in der Regel in kleinen Gemeinschaften und

verstreut aufgrund der sensiblen ökologischen Bedingungen. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie durch Wanderfeldbau, Sammeln, Jagen und Fischen und praktizieren höchst ausgeklügelte Bewirtschaftungssysteme. Historisch gesehen haben sich hier nachhaltige Reproduktionszyklen am weitest gehenden gehalten.

Die im Savannengebiet Kolumbiens, den Llanos Orientales, beheimateten indigenen Gemeinschaften führten ein ähnliches Leben wie ihre 'Nachbarn' im tropischen Regenwald des Amazonasbeckens: Sammeln, Jagen, Fischen und Brachewirtschaft. Die Siedlungen waren dagegen größer und von Anfang an näher an den kolonialen Stützpunkten gelegen. So sahen sich die Savannenbewohner aufgrund des leichteren Zugangs für die Kolonisatoren schon frühzeitig deren Zwängen und Einflüssen ausgesetzt. Landraub, Vertreibung und Zwangsbewirtschaftung verunmöglichten die traditionelle nachhaltige Lebensführung. Zur kulturellen Entfremdung kam die Notwendigkeit hinzu, den Lebensunterhalt durch Arbeit auf den Haciendas auszugleichen.

In beiden Lebensbereichen – dem tropischen Regenwald und der Savanne – führten die einzelnen Gemeinschaften ein weitgehend autonomes Dasein. Bündnisse oder Kooperationen wurden in der Regel nur in Notzeiten oder im Kriegsfall eingegangen. Der Organisationsprozess zur gemeinsamen Verteidigung von Land und Umwelt hat daher vergleichsweise erst in jüngerer Zeit eingesetzt und ist von vielen Schwierigkeiten beim Ringen um gemeinsame Positionen sowie der personalen Vertretung geprägt. Andererseits lässt sich hier bis heute die selbstverständliche Rückbindung aller wesentlichen Entscheidungen an die lokale Gemeinschaft und insbesondere die einvernehmliche Konsultation mit den traditionellen Würdenträgern beobachten. Dies erlaubt eine immer wieder unternommene, weitgehende Annäherung an traditionelle Leitbilder, die eine nachhaltige, die natürliche Umwelt als Subjekt respektierende Lebensführung fördern.

Im andinen Bereich umfasste der Lebensunterhalt ebenfalls Jagen und Sammeln, in deutlich größerem Umfang jedoch auch die bäuerliche Wirtschaft. Das Besondere des mit der natürlichen Umwelt abgestimmten Bewirtschaftungssystems lag hier zum einen in der Anpassung von Pflanzen und Pflanzenvarietäten an kleinräumliche Spezifika. Außerdem waren Äcker und Weiden, Jagd- und Sammelgebiete, Land für Brache und Rotation sowie Naturreserven topographisch und klimatisch so verteilt, dass sie eine weitgehende Selbstversorgung über das gesamte Jahr gewährleisteten. Zum anderen organisierten die Dorfgemeinschaften einen planvollen Austausch von Produkten aus verschiedenen Klimazonen innerhalb der Familien und der Gemeinschaften. Dieses Konzept ist in Restbeständen heute noch in einzelnen Reservationen, etwa in Tierradentro im Departement Cauca, anzutreffen. Gleichwohl kamen die Indígenas frühzeitig mit der spanischen Kolonisation in Berührung und mussten sich den Prämissen einer kleinbäuerlichen Produktion – familiäre Parzellenbewirtschaftung mit Überschussproduktion und Zwangsarbeit für den Großgrundbesitzer – unterwerfen. Dieses Modell wurde später unter den Bedingungen der Marktproduktion in einer Mischung aus Subsistenz- und Marktwirtschaft fortgeführt.

Die Indígenas-Gemeinschaften in diesen Gebieten kannten nicht nur zentrale Führungsfiguren und politische Beziehungsstrukturen zwischen mehreren Dorfgemeinschaften, sondern auch gemeinschaftliche Produktionsformen, vor allem die *minga*. Das bedeutete: Die Feldbestellung oder Arbeiten für die Gemeinschaft erfolgten unter Teilnahme des gesamten Dorfes, unter Einschluss von Kindern und Alten. Die *minga* war und ist, über die ökonomische Funktion hinaus, außerdem der Ort, der immer wieder Momente der kollektiven Identität ermöglicht. Es war also kein Zufall, dass aus diesem Kontext die ersten neuzeitlichen Organisationsversuche zur Wiedergewinnung indigener Lebensführung und Identität entstanden. In gleicher Weise bedingte die kritische Auseinandersetzung mit den kolonialen, politischen und ökonomischen Vorgaben das Nachdenken über Alternativen, wie unter veränderten Bedingungen eine nachhaltige Lebensweise neu konzipiert werden könnte.

Über die Selbstkritik an der landwirtschaftlichen Produktion auf besetzten Ländereien wurden nach und nach die traditionellen kulturellen Prämissen zur Gestaltung von Raum und Zeit wieder entdeckt, kollektive Formen der Arbeitsorganisation wiederbelebt oder neu eingeführt und Ausbildungs- und Gesundheitssysteme auf ihre Verträglichkeit mit den kulturellen Leitbildern überprüft. Die Restbestände an eigener Kultur wurden re-konstruiert und mit neuen, angepassten Technologien zu einem veränderten Leitbild einer im umfassenden Sinne nachhaltigen und autonomen Lebensführung geformt (Rathgeber 1994).

Nicht alles aus der Tradition Stammende ist problemlos in die Moderne integrierbar. Die tradierte Rollenzuweisung der Frauen innerhalb indigener Gemeinschaften wird erst allmählich und mühsam reflektiert. Die kulturelle Konstruktion der vorkolumbischen Rollen der Frau dient dazu, gleichberechtigte Mitsprache zu ermöglichen. Die Rückgewinnung der eigenen lokalen Rechtssprechung ist zunächst ein wichtiger Schritt in der Auseinandersetzung um Autonomie. Einige traditionelle Verfahren der Rechtsfindung oder der Strafe – etwa körperliche Züchtigungen – stehen jedoch im Widerspruch zu den Rechtsstandards einer aufgeklärten Gesellschaft und zu den weltweit anerkannten Menschenrechten. Auch hier setzt ein kritisches Nachdenken ein, um die eigene Jurisdiktion gerade nach innen zu legitimieren.

3. Bedingungen nachhaltiger Entwicklung in Kolumbien

Nicht nur die indigene Bevölkerung sieht sich in Kolumbien fast erdrückenden Problemen gegenüber: Eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, ein auch in den Zeiten der Republik faktisch unverändert exklusives Modell der politischen Entscheidungsfindung mit repressiven Antworten des Staates auf sozialen Protest, ein durch die strukturelle Einbindung in den Weltmarkt bedingtes Wertschöpfungsmodell, das die Naturressourcen und biologische Vielfalt des Landes nur nach der Möglichkeit der schnellen Exploration beurteilt sowie eine von Krieg und krimineller Gewalt zerfurchte Gesellschaft.

Die Tendenz zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die Ausbeutung von Naturressourcen an fast jedem Ort und jederzeit, der Prozess der Grenzenlosigkeit und Beschleunigung macht mittlerweile auch vor entlegenen indigenen Dorfgemeinschaften in Kolumbien wie der U'wa im Nordosten oder der Embera im Nordwesten nicht Halt.

Die Integration in den Weltmarkt unter den Bedingungen des ungleichen Tauscherts hat gerade für die ländliche indigene Bevölkerung schwerwiegende Konsequenzen: Die auf Grund des Überangebots dramatisch sinkenden Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt etwa für Kaffee beeinträchtigten die Einkommen vieler, die im landwirtschaftlichen Bereich ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die Modernisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe reduziert den Anteil der menschlichen Arbeitskraft. Dort, wo auf den Ländereien der Großgrundbesitzer, Viehzüchter oder Plantagenbesitzern noch Arbeit angeboten wird, sprechen etwa die Indigenas des Departements Cauca von der Wiederauferstehung der *terraje*; d.h. einer Art moderner Leibeigenschaft. Insgesamt sank das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den vergangenen sieben Jahren um 100 US-Dollar. Gleichzeitig stieg die Rate der Armut nach Angaben des Planungsbüros der Regierung in den Jahren 1997 bis 1999 um 14 Prozent.

Die Förderung des liberalisierten Handels, der Schutz ausländischer Investitionen und Angebote zur verstärkten Ausbeutung der Bodenschätze werden zum Einfallstor für Erdölexplorationsvorhaben auch in ökologisch sensiblen Gebieten oder für Projekte zur Ausbeutung einer Vielzahl natürlicher Ressourcen. Die Zerstörung und Verseuchung des Lebensraums indigener Völker droht. Darüber hinaus fordern kolumbianische Unternehmer eine Verfassungsreform zugunsten mehr Investorenfreiheit und plädieren für den Eintritt Kolumbiens in die Freihandelszone NAFTA. In Mexiko hatte eine entsprechende Verfassungsreform zur Eliminierung des Schutzes für Gemeindeflächen geführt. Die bislang von der kolumbianischen Verfassung garantierte territoriale Autonomie der indigenen Völker würde zum Strandgut der Geschichte. Im übrigen hat die kolumbianische Regierung vor allem im Bereich Bergbau und Erdölförderung rechtliche Schranken zum Schutz der Umwelt und der dort lebenden Menschen bereits abgebaut; im Zuge der Angleichung des nationalen Rechtssystems an internationale Standards zur Investitionssicherung.

Zum ressourcenverbrauchenden Entwicklungsmodell kommt ein seit den 1980er Jahren andauernder Kriegszustand – getragen von paramilitärischen Banden, Guerrilla-Bewegungen, staatlichen Sicherheitsorganen und der Drogenmafia – der jedes zivile Leben zu ersticken droht. Vertreibungen, Massaker, politisch motivierte Morde und tödliche Zusammenstöße zwischen den bewaffneten Akteuren oder der Drogenmafia sind an der Tagesordnung. Ein Leben mit vielen zur Normalität geronnenen Absurditäten: Während die Lebenserwartung in medizinischer Hinsicht steigt, sinkt sie für Oppositionelle und Inkonforme drastisch. Über zwei Millionen Menschen befinden sich in Kolumbien innerhalb des Landes auf der Flucht. Ihre verlassenen Parzellen werden von Großgrundbesitzern, Viehzüchtern und Drogenbaronen vereinnahmt. Paramilitärische

Banden helfen nach. Staatliche Sicherheitskräfte schauen weg oder leisten gar aktive Unterstützung.

Die Drogenbekämpfung der Regierung Pastrana konzentrierte sich auf das Besprühen der Anbauflächen aus der Luft. Die Notwendigkeit, auch ordnungspolitisch gegen die Drogenwirtschaft vorzugehen, soll nicht bestritten werden. Nur hat sich die Vorstellung schlicht als Illusion erwiesen, die Vernichtung der Koka- und Schlafmohnfelder über das Besprühen aus der Luft hätte bleibende Ergebnisse im Sinne der Drogenbekämpfer gebracht. Geblieben sind ökologische Schäden, Flüchtlinge, Korruption und destabilisierte rechtsstaatliche Institutionen. Dagegen stiegen die Hektarzahlen für den Koka-Anbau von 54.000 Hektar 1995 trotz oder gerade wegen großflächiger Entlaubungseinsätzen aus der Luft auf ca. 120.000 Hektar im Jahr 2000. Militärisches Vorgehen verlagert die Anbauflächen in andere Zonen; mittlerweile in den Regenwald. Mit den Besprühungen einher geht eine Verknappung des Nahrungsangebots, da die Flugzeuge entgegen den Vorschriften zu hoch fliegen, um von der Drogenmafia oder der Guerilla nicht abgeschossen zu werden. So verteilt sich das Entlaubungsmittel auch auf die angrenzenden Äcker, auf denen Grundnahrungsmittel gezogen oder Haustiere gehalten werden.

Als Alternative zum Drogenanbau bietet der Staat den kleinbäuerlichen – d.h. auch indigenen – Produzenten den Anbau etwa von Ölpalmen, Naturkautschuk oder Kakao sowie die Verwertung von Nutzhölzern oder Viehzucht an. Das macht aus Sicht der Kleinbauern jedoch wenig Sinn, denn diese Option hätten sie auch früher schon gehabt. Sie haben sie jedoch nicht wahrgenommen, weil ihnen die Möglichkeiten einer einkommenssichernden Vermarktung fehlen und die Rendite für den Drogenanbau um ein Mehrfaches höher liegt (Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien 2000 und 2001; Friedrich-Ebert-Stiftung 2000).

Es gibt nur noch wenige Flecken auf kolumbianischem Staatsgebiet, auf denen Versammlungen abgehalten, offene Debatten geführt und politische Meinungsunterschiede mit zivilen Mitteln ausgetragen werden können. Schon die Reise zu solchen Veranstaltungen oder Treffen von Dorfgemeinschaften und selbst der traditionelle Austausch von Naturprodukten zwischen verschiedenen Klima- und Siedlungszonen ist risikoreich, teilweise lebensgefährlich geworden. Einer dieser wenigen Flecken befindet sich am Ort La María / Piendamó im Departement Cauca. Betitelt als "Territorio de Convivencia" (Territorium für das miteinander Leben), haben die Indígenas des Departements eine an der Panamericana-Straße gelegene Reservation als Raum für Debatten der Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt. Gerichtet gegen die exklusive Struktur der herrschenden Öffentlichkeit sollen hier all jene zu Wort kommen, die im momentanen bipolaren Freund-Feind-Denken keinen Platz finden oder wegen ihrer systemkritischen Äußerungen sogar mit Gefahr für Leib und Leben rechnen müssen. La María / Piendamó rückte zum ersten Mal im August 1995 ins Licht der Öffentlichkeit. Damals unterschrieben die nationale Regierung und die im CRIC organisierten Indígenas einen Vertrag über Projekte in Konfliktzonen. Seit 1999 dient La María / Piendamó dezidiert

als Konferenzort, der sich als Alternative zu den Dialogen zwischen Regierung und FARC-Guerrilla versteht. Von beiden Parteien fühlen sich die Indígenas – und andere ebenso – nicht vertreten, sondern eher instrumentalisiert. So bietet La María / Piendamó die Chance, speziell über politische, zivile Lösungen des bewaffneten Konfliktes, über die Wiederherstellung der Normen des humanitären Völkerrechts, eine Agrarreform in Kolumbien, politische Reformen und die Verteidigung der natürlichen Umwelt öffentlich nachzudenken. Unter Beteiligung internationaler Gäste hat sich in den wenigen Jahren seiner Existenz La María / Piendamó zu einem weit über das Departement Cauca hinausgehenden, symbolträchtigen Ort entwickelt, an dem im Sinne der Nachhaltigkeit die notwendigen Rahmenbedingungen für gemeinschaftliche Organisationsprozesse und kulturelle Identität debattiert werden können (CRIC 1995; Rathgeber 2000b [Interview], 2001a [Aufzeichnungen]).

Bislang ist es jedoch ein Tropfen auf dem heißen Stein geblieben. Denn der komplexe politische Notzustand in Kolumbien schwächt in viel gravierenderem Maße die verbindenden Strukturen lokaler Gemeinschaften wie auch der nationalen Gesellschaft, als ein Ort wie La María aufzufangen in der Lage wäre. Die zwei Millionen Binnenflüchtlinge verdeutlichen, in welchem Maße inzwischen natürliche Lebensgrundlagen und gesellschaftliche Institutionen zum Schutz der Bürger zerstört wurden. Alle, die als nicht konform mit den gesetzten Werten der jeweiligen Elite gelten, können nur unter Angst anders sein. Dies gilt in gleicher Weise für die Aufständischen, die ein frappant ähnliches, autoritäres Politikmodell verfolgen. Nicht umsonst weisen indigene Organisationen in den Regionen Cauca, Chocó, Antioquia und Córdoba ihre Entwicklungspläne zunehmend als *'plan de vida'* (Plan für das Leben) aus. Der Name umschreibt einen umfassenden Ansatz, aber auch die tödliche Bedrohung durch staatliche Entwicklungspläne etwa zur Erdölexploration sowie die akute Lebensgefahr für die handelnden Personen, wenn sie den Vorgaben der bewaffneten Akteure eine Absage erteilen (Rathgeber 1997b, 1999 [Interviews]; ONIC / IICA 1998).

Diese kurze Beschreibung mag genügen, um die Versuche indigener Völker zu deuten, in dieser Situation mit Würde zu überleben. Ihre Anstrengungen, dennoch Überlebensstrategien zu entwickeln, haben Tradition. Die einseitige staatliche Politik in der Landfrage und die fortgesetzte Konzentration in den Händen der Großgrundbesitzer führte in den 1960er und 1970er Jahren zu großen Mobilisierungen indigener Gemeinschaften vor allem aus der andinen Zone. Die Landrechtskämpfe gaben die Initialzündung zur Gründung weiterer Organisationen in der andinen Zone, aber auch im Tiefland der Llanos und im tropischen Regenwald. Zur besseren Koordination dieser regionalen Dachverbände wurde 1982 die nationale Dachorganisation der Indígenas Kolumbiens, ONIC (*Organización Nacional Indígena de Colombia*) gegründet. Ein wichtiger Erfolg gelang den Indígenas im Rahmen der Verfassungsreform 1991. Das Recht auf eigene Territorien, eigene Verwaltungsorgane und die Anerkennung der multiethnischen Zusammensetzung der Gesellschaft konnte in der neuen Verfassung verankert werden.

Im Vergleich zu den Jahren davor erfordert die Veränderung des aktuellen Zustands bzw. Notstands in Kolumbien nun umfassende und systematische Antworten für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Allein schon die Dimensionen der gegenwärtigen Krise machen eine umfassende Umwälzung notwendig, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Strukturelle Stabilität im Alltag der Vielen, die Respektierung der zivilen sozialen Akteure, Konfliktlösungen durch Dialoge, Transparenz in den Entscheidungen, gleichberechtigter Zugang zu Informationen und Mitsprache bei Entscheidungen, Rechtsstaatlichkeit und rechtliche Mindeststandards – von sozialer Gerechtigkeit gar nicht zu sprechen – sind keine revolutionär neuen Ideen. Angesichts einer Realität, in der das Recht des Stärkeren zum Maß der Dinge geworden ist, benennen sie jedoch einen systemkritischen Ansatz zur alternativen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse in Kolumbien. Dazu gehören die Versuche der Indígenas, öffentliche Foren zu organisieren, auf denen mehr oder weniger ohne Angst über den Reformbedarf der Gesellschaft und über Tabuthemen wie die Agrarreform offen diskutiert werden kann. Ebenso miteinbezogen sind die Versuche indigener Gemeinschaften, auf kommunaler Ebene Strategien gegen den Terror und für eine nachhaltige Entwicklung zu entwerfen.

4. Indigene Experimente zur nachhaltigen Entwicklung

Indígenas weisen ein erstaunliches Vermögen an Selbstbehauptung auf; abzulesen an der Geschichte ihres Widerstands, ihrer fortdauernden Existenz und der vielen kulturellen Leitbilder, die im Verborgenen überlebten oder re-konstruiert werden. ‘Nachhaltigkeit’ im Kontext indigener Gemeinschaften umfasst also nicht nur die Vorstellung über eine standortspezifische und –gerechte Produktion, sondern auch die Reproduktion von Institutionen und Personen, die für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kulturell spezifischen Lebensweise und indigenen Identität einschlägig sind. Verschütete Traditionen zugänglich zu machen gehört ebenso zur Debatte über das spezifische Entwicklungsleitbild wie moderne Technologie zur Organisation von Leben und Arbeiten. Damit ein derartiger Prozess überhaupt zustande kommt, müssen darauf gerichtete gemeinschaftliche Diskussionen initiiert und öffentliche Räume zur Selbstvergewisserung und Dokumentation nach außen organisiert werden.

Diese Bemühungen sind eingebettet in Überlegungen zur Verfasstheit des kolumbianischen Staates. Die Erfahrung lehrt, dass zivile Formen der Konfliktbearbeitung unabdingbar sind, um öffentlich und wirksam für die Anerkennung kultureller Differenzen zu werben und unterschiedliche Lösungsansätze im Sinne einer multikulturellen Gesellschaft präsentieren zu können. Indigene Akteure wirken also an der Demokratisierung der Gesellschaft und am Einlösen des Verfassungsanspruchs aktiv mit. Indigene Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung erwachsen aus der Suche nach gangbaren Alternativen zu den Zwängen und Zumutungen der Globalisierung. Sie enthalten gleichzeitig Fingerzeige für die Option, Globalisierung einer politischen Steuerung zu unterwerfen. Es sind mithin Versuche, die eigene Zukunft selbstbestimmt und nach den eigenen kulturellen Grundsätzen zu gestalten.

Der Begriff 'Experiment' deutet an, dass vieles, was indigene Völker heute an Lebensplanung entwickeln und durchführen, nicht mehr allein durch die Herkunft geprägt und erklärbar und, vor allem, dass das Ende offen ist. Der Begriff fordert außerdem dazu auf, eine Idealisierung der Prozesse, die bei indigenen Völkern stattfinden, zu vermeiden. Indigene betreten aufgrund veränderter Anforderungen an die Reproduktion ihrer Gemeinschaften Neuland: verknapptes Territorium, wachsende Bevölkerungen und veränderte Umweltbedingungen sind nur einige Stichworte dafür. Es geht um die Fortexistenz der ethnischen Gemeinschaft im Rahmen einer komplexen Gesellschaft, und dazu werden veränderte oder neue Institutionen geschaffen. Indigene Völker waren im übrigen in der Aufrechterhaltung oder Fortentwicklung ihrer kulturellen Existenz immer schon dynamisch; aber auch vor Scheitern nicht gefeit.

5. Historische Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung im Cauca

Indigene Organisationen stellen sich seit rund 30 Jahren dem Thema 'alternatives Leben und Arbeiten' und denken intensiv über Strategien nach, wie indigene Völker, Gemeinschaften und Organisationen einen Beitrag zur Bewältigung der gesellschaftlichen Krisen in der Art leisten können, dass damit Freiräume für Experimente mit nachhaltiger Entwicklung möglich bleiben. Ausgangs- und Referenzpunkt für derartige Initiativen ist der Regionale Indígena-Rat des Cauca, CRIC (*Consejo Regional Indígena del Cauca*). Diese regionale Dachorganisation der Indígenas im Departement Cauca entstand 1971 im Zuge der sich radikalierenden Landreformbewegung. Aus den Landrechtskonflikten entwickelte sich innerhalb weniger Jahre ein umfassender Politikansatz zur Rückgewinnung der kulturellen Wurzeln, Identität und politischen Autonomie. Die Frage, was mit den besetzten und zurückgewonnenen Ländereien zu tun sei, ergab den Programmschwerpunkt Bewirtschaftung, Umwelt und alternative Arbeitsformen. Wieder ins Leben gerufen wurden ebenso die Restbestände der traditionellen Jurisdiktion und politischen Repräsentationssysteme. Innerhalb weniger Jahre wandelte sich auch die Organisationsstruktur: von einem gewerkschaftlich orientierten Aufbau in einen Dachverband lokaler indigener Körperschaften und Initiativen.

Aus einer Organisation mit 2.000 Gründungsmitgliedern entwickelte sich ein schlagkräftiger Dachverband, der inzwischen ungefähr 90 Prozent der auf den Reservationen lebenden Indígenas repräsentiert.¹ Die Organisationsstruktur des CRIC fordert systematisch den Rückbezug aller Entscheidungen innerhalb der Organisation auf die Basiseinheit: die Gemeinschaft und ihren politischen Repräsentanten, den *cabildo*. Die

1 Im Departement Cauca leben knapp 180.000 Indígenas, verteilt auf sieben Völker: Paeces (120.000), Yanaconas (25.000), Guambianos (16.000), Kokonukos (7.000), Totoróes (5.000), Esperadas-Siapidas (2.600), Pubenenses (2.000) und Ingas (1.500). Sie siedeln in 26 der insgesamt 41 Landkreise (*municipios*). In einzelnen Landkreisen stellen sie die Mehrheit der lokalen Bevölkerung; so in Páez, Belalcázar oder Inza, alle in Tierradentro (Rathgeber 1994; CRIC 1997 und 2000).

Einbindung, Teilhabe und Mobilisierung der Mitglieder soll auf diese Weise garantiert werden.²

Die ersten Initiativen des CRIC zur bewussten und systematischen Einbeziehung von Elementen aus dem indianischen Norm- und Wertesystem bei der Bewirtschaftung entstanden 1978. Von Anfang an nimmt der CRIC zu Monokultur, Diversifizierung, chemischen Präparaten und kommerziellen Vermarktungsstrategien Stellung. Allerdings wird nicht das Ob, sondern das Wie und der Umfang der Marktproduktion als Problem behandelt. Umgekehrt stellte sich mit der Besetzung und Rückgewinnung von über 60.000 Hektar und den ersten Erfahrungen der Bewirtschaftung die Erkenntnis ein, dass die Beeinträchtigung der Umwelt auf indigenen Territorien auch durch eigenes Tun zustande kam: extensive Weidewirtschaft und drohendes Veröden der besetzten Ländereien, Monokulturen, chemische Spritzmittel und Dünger oder Abholzung von Primärwäldern in Höhenlagen. Erdbeben oder ungewöhnliche Schwankungen bei den Niederschlägen aufgrund vorangegangener Holzeinschläge machten schnell deutlich, dass die Bewahrung der Natur zwar ein zentraler Gedanke der Überlieferungen ist, im widersprüchlichen Alltag aber oft Klischee bleibt. Als 1994 eine riesige Gerölllawine in Tierradentro ganze Dörfer entlang des Flusses Páez unter sich begrub, wurde klar, dass das Abholzen von Bergwald zum Anbau von *amapola* (Schlafmohn) mit dafür verantwortlich war.

Auf den weiteren, vom CRIC einberufenen Kongressen und Treffen wurden über Jahre und systematisch Erfahrungen und neue Ideen zusammengetragen, um Alternativen für das bisherige Wirtschaften und Leben zu entwerfen. Es ging dabei immer um die gleichzeitige Befriedigung von Grundbedürfnissen – Nahrungssicherheit, Grundversorgung im schulischen und Gesundheitsbereich – und um die umfassende Rekonstruktion der indigenen Territorien. Es wurden Formen gemeinschaftlichen Wirtschaftens (*minga*) wiederbelebt, Landschafts- und Entwicklungspläne für Großregionen mit tradierten Pflanzen und Sämlingen wie Ulluco, aber ebenso mit Pflanzen aus dem indigenen Kontext anderer Länder wie die Quinoa ('Inka-Weizen') oder mit kommerziellen Anbaukulturen wie Bio-Café erstellt. Daneben gab und gibt es Projekte zur Weidewirtschaft, zur Anlage von Hausgärten, zur Diversifizierung des Ackerbaus, zum Ausbau der Forellenzucht oder zur Pflege des Quellgebietes des Río Piedra im Landkreis Puracé. Die Rückgewinnung der in diesen Projekten gewonnenen sozialen Kompetenz wirkt bis heute nach; auch wenn einiges aus dem Bereich Produktion sich nach wie vor im Experimentierstadium befindet.

2 Alle *cabildos* zusammen bilden das Vorstandsgremium (*junta directiva*), das zwischen den Vollversammlungen alle wichtigen Stellungnahmen und Programme beschließt. Ausführendes Organ der Beschlüsse ist eine Versammlung von Räten (*consejeros*); bis 2001 Exekutivkomitee genannt. Die *cabildos* organisieren sich innerhalb der Organisationsstruktur des CRIC zusätzlich in regionalen Koordinationsstellen (sog. *asociaciones*). In der *junta directiva* sind im Durchschnitt 75 der 80 *cabildos* vertreten.

Parallel zu den praktischen Versuchen setzte der CRIC Diskussionen in den Gemeinschaften über die schonende stoffliche Verarbeitung der Natur in Gang, um die Achtung vor der vielzitierten *Pacha Mama* wieder als Norm indianischer Lebensgestaltung zur Geltung zu bringen. Ebenso strickten Tagungen und Konferenzen des CRIC an einem neuen, sozialen und kulturellen Netz, um den Transfer des tradierten Wissens, des kollektiven Gedächtnisses wieder zu gewährleisten.

Mit diesen Initiativen betrat der CRIC Neuland. Eigeninitiativen der indigenen Produzenten zur Erweiterung und Intensivierung der Produktion kamen in der kolonialen Vergangenheit kaum vor. Die zwangsweise betriebene Produktion für die Hacienda und die gleichzeitige Zerstörung ausgeklügelter, vorkolumbischer Produktionssysteme für den eigenen Haushalt verleiteten die indianischen Gemeinschaften kaum dazu, mehr als das Notwendige zu produzieren. Techniken und Werkzeuge haben sich im Bereich der Marktproduktion kaum weiter entwickelt. Demgegenüber war die technische Ausstattung zur Weiterverarbeitung von Agrarprodukten für den familiären Unterhalt vergleichsweise differenziert (Rathgeber 1994).

Das Entwickeln einer alternativen Ökonomie auf indigenen Territorien – deren Prämissen eine erstaunliche Nähe zum Ansatz von Karl Polanyi aufweisen (1944, 1977) – steckt gleichwohl noch in den Kinderschuhen. Die Sicherung der sozialen Existenz steht nach wie vor im Vordergrund. Dagegen tritt nachhaltiges Wirtschaften im Zweifelsfall in den Hintergrund; so beim Holzeinschlag für Bau- und Feuerholz an früher mit einem Tabu belegten Hängen. Ungeschminkt wird auf Tagungen des CRIC festgestellt, dass insbesondere jüngere Mitglieder einer Gemeinschaft sich von der traditionellen Diät entfernt und auch sonst andere Bedürfnisse entwickelt haben. Zu hören sind darüber hinaus Beiträge, die ‘unternehmerisches Denken’ empfehlen, und die Zukunft der Indígenas des Cauca auch als ‘*empresarios*’ (Unternehmer) voraussehen. In Projekten wie dem Abbau von Marmor oder im Rahmen der staatlichen Überweisungen für die lokale Selbstverwaltung – *transferencias* – sind die *cabildos* bereits in eine derartige Rolle geschlüpft. Diese *transferencias* werden zwiespältig beurteilt, da sie die Konkurrenz um den Zugang zu den Finanzen losgetreten haben. Andererseits können damit alternative Projekte zum landwirtschaftlichen Anbau überhaupt mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden.

Ein neu hinzugekommenes, großes Problem sind die illegalen Pflanzungen von Koka und Schlafmohn. Der CRIC hat in seinen Stellungnahmen immer wieder die Gefahren dieser Pflanzungen für den sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaften und für die Umwelt beschrieben. In mehreren Abkommen mit der kolumbianischen Regierung versuchte der CRIC seit den 1990er Jahren, in eigener Regie den Anbau von Koka und Schlafmohn zurück zu drängen. Andererseits reklamieren Indígenas im Cauca das alte Wissen um die Kulturpflanze Koka und fordern deren Anerkennung als Heilpflanze. Damit verbindet sich die Hoffnung, die Repression zu verringern, die von allen bewaffneten Akteuren ausgeht, die mit dem Drogenhandel zu tun haben. Die Beteiligten an diesen Reduktionsmaßnahmen gehen ein hohes Risiko ein. Drohungen und Morde

seitens der an der Kokaproduktion Interessierten sind an der Tagesordnung. Gleichwohl haben die Páeces z.B. im Juni 2001 in Jambaló Anbaukulturen und im Juni 2000 acht Laboratorien zerstört (Rathgeber 2001a [Aufzeichnungen]).

Insgesamt stellen die Indígenas im Cauca und anderswo einmal mehr ihr Vermögen unter Beweis, auch unter schwierigsten Bedingungen standortgerecht zu produzieren, kulturelle Leitbilder wieder zu beleben und darüber eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten. In vielen Bereichen betreten sie allerdings Neuland. Hier drei solche Beispiele:

6. Fallstudien

6.1 Schwefelmine Puracé (Department Cauca)

Die Schwefelmine Puracé liegt am Fuße des gleichnamigen, noch aktiven Vulkans, ungefähr 40 km östlich der Landeshauptstadt Popayán, im Landkreis Puracé-Coconuco. Das Schwefelvorkommen wurde 1940 von Mitgliedern der Reservation Puracé entdeckt und seit 1946 von einer privaten Gesellschaft ausgebeutet. Die Mine befand sich von 1946 bis zum Jahr 2000 im Eigentum der Bergwerksgesellschaft *Industrias Puracé S.A.* Die Arbeitskräfte stammten überwiegend aus der Reservation, die sich über die Jahre ein Fachwissen in der Ausbeutung der Mine angeeignet hatten. Die Schwefelmine war und ist mit Abstand der größte Arbeitgeber in dieser Region. Die Zahl der direkten und indirekten Arbeitsplätze verhalf knapp 300 Familien zu einem Geldeinkommen, d.h. einem guten Viertel der Reservation Puracé mit rund 4.200 Bewohnern in 1.129 Familien.

Mit der Liberalisierung des Marktes in Kolumbien konnte billiger, petrochemisch hergestellter Schwefel nach Kolumbien importiert werden, der den weiteren Betrieb der Mine durch die GmbH unrentabel werden ließ. Die erste große Krise fand 1992 statt. Die daraufhin anberaumten Verhandlungen des *cabildo* von Puracé mit der kolumbianischen Regierung über eine Fortführung der Mine in der Regie der indigenen Arbeiter und der Gemeinschaft von Puracé blieben jedoch ohne greifbares Ergebnis. Es gab lediglich Absichtserklärungen, die 1995 in La María / Piendamó unterzeichnet wurden. Ein Jahr später beantragte *Industrias Puracé S.A.* die Eröffnung des Insolvenzverfahrens und drohte mit der Schließung des Betriebs. Nun verhandelte die Gewerkschaft der Minenarbeiter mit den Aktionären, die Mine wenigstens soweit weiter zu betreiben, dass zwar keine Rendite, aber die sozialen Verpflichtungen der GmbH gegenüber den Arbeitern und Angestellten erwirtschaftet würden. Insbesondere galt es, die Betriebsrenten für 49 Rentner zu sichern, deren Ansprüche sich auf rund 1 Million Euro summiert hatten.

Im Jahr 1998 kam es zum Vertragsabschluss unter Hinzuziehung des Staates Kolumbien als einer Art von Supervisor und vermeintlichem Garanten der Vertragsausführung nach Treu und Glauben. Die Firma *Industrias Puracé S.A.* wurde mit den Arbeitern als Aktionären weitergeführt. Hingegen verblieb die Geschäftsführung bis Juni

1999 in den Händen der GmbH. 1999 ging die Fortführung der Schwefelmine in Auftragsverwaltung auf die Arbeiter über und es existierten zwei Firmen. Im August 2000 beantragte der Geschäftsführer der GmbH erneut die Konkursöffnung und erklärte gegenüber der staatlichen Aufsicht die Stilllegung der Mine sowie die Einstellung der Gehaltszahlungen. Im gleichen Jahr noch übernahmen der *cabildo* der Reservation Puracé und die Arbeiter die Geschäftsführung der Schwefelmine und führten sie in alleiniger Regie unter dem Namen *Empresa Minera Indígena del Cauca* weiter.

Die Verhandlungen wurden von mehrfachen Versammlungen der gesamten Reservation begleitet. Es war nicht leicht, die ursprünglich verschiedenen Lagern zugeordneten Angehörigen der Reservation zusammenzuführen. So wohnten die Familien der Minenarbeiter in der Regel im Dorfzentrum (*casco urbano*), während die kleinbäuerlichen Produzenten überwiegend in Weilern der ländlichen Umgebung siedelten. Entsprechend unterschiedlich war bis dato auch die Kommunikation untereinander ausgestaltet, und in den vorhergehenden Jahrzehnten hatte es teilweise heftige Spannungen zwischen Minengewerkschaft und *cabildo* gegeben. Im Jahr 1945 waren der Reservation 600 Hektar für den Betrieb der Schwefelmine entzogen worden. Später kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen wegen Umweltschäden durch Abgase und verseuchte Abwässer. Der *cabildo* zog in den 1970er Jahren mit Hilfe des CRIC und einer Studiengruppe der Universidad del Valle (Cali) vor Gericht, organisierte Demonstrationen mit Straßenblockaden und erhielt durch ein Abkommen von 1974 sogar eine Entschädigung zugesprochen. Die Auszahlung wurde dem *cabildo* seitens der Regierung jedoch mit dem Argument verweigert, es lägen Informationen vor, die Angehörigen der Reservation würden sich Waffen davon kaufen. Die damaligen Minenbetreiber, die um die enorme Bedeutung der Einkommen der Minenarbeiter für die Reservation wussten, spielten die Umweltschutzaufgaben des *cabildo* gegen die Arbeitsplätze aus, oder offerierten dem *cabildo* Sachspenden für den Bau eines *cabildo*-Hauses, um ihn zum Schweigen zu bringen (Meschkat 1983; Rathgeber 1994).

Angesichts der sozialen Dramatik schälte sich auf den Versammlungen gleichwohl rasch die Absicht heraus, den Bergbaubetrieb trotz einiger ökologischer Bedenken fortzuführen und an die Interessen der gesamten Gemeinschaft anzupassen. Angesichts der Geschichte Lateinamerikas eine geradezu paradoxe Konstellation, da der Bergbau zum Inbegriff der durch die Kolonialherrschaft bedingten Vernichtung von Mensch und Natur geworden ist.

Die Produktionsdaten für das erste Jahr (2000) in eigener Regie fielen zwar hinter die Ergebnisse aus dem Jahr 1999 zurück. Die Bilanzwerte für Aktiva und Passiva (2,4 Millionen Pesos, entsprechend ca. 1,2 Mio. Euro) waren jedoch höher als 1998. Außerdem war die Nachfrage nach Schwefel größer, als tatsächlich abgebaut werden konnte. Die Mine unterhält in mehreren Departements Geschäftsbeziehungen mit Zuckerherstellern sowie mittelständischen und kleinen Betrieben, die den Grundstoff Schwefel veredeln. Exportverbindungen existieren zur Zeit nicht, werden aber angestrebt. Für die Modernisierung der Produktion – technische Aufrüstung für den Abbau

und für die Diversifizierung der Produktpalette – benötigen die Minenbetreiber ein Investitionsvolumen von drei Millionen kolumbianischen Pesos (ca. 1,5 Mio. Euro) (*Cabildo Indígena de Puracé* 2001; Rathgeber 2001a [Aufzeichnungen]).

Ist die Übernahme einer Firma durch den *cabildo* einer Reservation für kolumbianische Verhältnisse schon ungewöhnlich genug, bieten auch der Fortgang der Geschichte und die mittelfristige Planung bemerkenswerte Details. Die aktuellen Pläne des *cabildo* sehen vor, den Umfang der Tätigkeiten der Mine um ‘veredelte’ Produkte, z.B. feinkörnig gemahlene Schwefel, zu erweitern. Gleichzeitig soll der Abbau nicht beschleunigt sondern verlangsamt werden, um eine längere Nutzung und Betriebsdauer zu ermöglichen. Dazu brauchen die Eigner frisches Arbeitskapital. Die Mine wurde bislang mit alten Maschinen und Technologien betrieben. Allein der Treibstoff für die Maschinen verursacht 40 Prozent der Kosten. Der Kostenvoranschlag für Investitionen in moderne Maschinen und Technologien beläuft sich auf 1,5 Mio. Euro.

Auf der Suche nach den Investitionsmitteln machte eine CRIC-Delegation auch in Deutschland Station. Sie waren zwar einer Einladung zur EXPO 2000 in Hannover gefolgt, nahmen aber die Gelegenheit wahr, ebenso andere Projekte zu verfolgen. Ein Kontakt führte sie zur Carl-Duisberg-Gesellschaft nach Berlin, um dort über Ausbildungsmöglichkeiten für die zukünftige Betriebsleitung zu sprechen und Kontaktadressen für deutsche Sponsoren in Erfahrung zu bringen. Dort präsentierten sie unter dem Begriff ‘nachhaltige Entwicklung’ eine ungewöhnliche Mischung aus klassischen Prämissen zu betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und ökologischen Einsichten.

Ein erstes, von den neuen Betreibern aufgestelltes Nachhaltigkeitskriterium betrifft die Sicherung der Betriebsrenten und der Arbeitsplätze und mithin des Einkommens eines Viertels der Reservationsangehörigen. Gesichert werden sollen die sozialen Beziehungen und in Folge die kulturelle Eigenständigkeit der gesamten Gemeinschaft. Dazu soll die Geschäftsführung eine Ausbildung erhalten, die eine Mischung aus klassischen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen und kulturellen Normen darstellt. Da die Gestaltung der sozialen Beziehungen zwischen der Belegschaft und der Reservation eine analoge Vermittlung erfordert, haben die an dem bisherigen Prozess direkt Beteiligten jetzt schon grundlegende Einblicke in die Mediation zwischen auseinanderstrebenden Interessen erhalten.

Ein zweites Kriterium postuliert die deutliche Reduzierung der bisherigen Umweltbeeinträchtigungen sowie die sukzessive Beseitigung der Altschäden, d.h. Renaturierung der von der Schwefelmine jahrzehntelang geschädigten Umwelt. Zur Reduktion der Schadstoffe gehört die Differenzierung der Produktpalette und die Modernisierung der Produktion durch höhere Effizienzgrade und geringeren Schadstoffausstoß. Für die Ausweitung der Produktion benötigen die Betreiber eine Umweltlizenz des Staates. Dieser zögert, weil Umweltgruppen dagegen protestieren. Andere Gruppen unterstützen dagegen den *cabildo* dabei, erste Kontakte zu Unternehmen und Gruppierungen im Departement Valle del Cauca zu knüpfen, die sich der Nachhaltigkeit ihrer Produktion

verschrieben haben. Hilfe erfährt der *cabildo* ebenfalls beim Aufbau eines regionalen Netzwerks zur Förderung einer ökologischen Produktion.

Ein drittes wesentliches Nachhaltigkeitskriterium betrifft den Kontext der Kultur. Unter der Regie des *cabildo* wurde mit der Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Wertigkeiten zwischen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und kulturellen Geboten begonnen. Die Absicht mutet zwar utopisch an, den Betrieb so organisieren zu wollen, dass eine gemeinsame Schnittstelle von betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und kulturell bestimmter Arbeitsrhythmik gefunden wird, die gewinnorientiertes Produzieren zulässt. Die Reservation in Puracé ist allerdings nicht die einzige, die in diese Richtung nachdenkt. Unter dem Stichwort 'Neue Arbeit' (New Work) haben Indigene in Nordamerika ähnliche Experimente unternommen.

Über weite Strecken liest sich die Geschichte wie ein Bericht über die Sanierung etwa der Kohle- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet in der Bundesrepublik Deutschland. Dort hatten ebenfalls Arbeiter teilweise ihre Fabriken besetzt und mittels Auffanggesellschaften einen Weiterbetrieb versucht. Die assoziierte Parallele ist bemerkenswert genug. Sie zeigt, welchen langen Weg der *cabildo* in Puracé seit den Straßenblockaden in den 1970er Jahren zurückgelegt hat, um die Zukunft der Reservation mit einem auf dem Kapitalmarkt konkurrierenden Unternehmen zu verbinden. Allerdings ist der *cabildo* seit der Verfassungsreform 1991 offiziell zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und somit für die Existenzsicherung der Reservation bereits zuständig. Und schon Generationen davor hatte der *cabildo* faktisch die Aufgabe, die Gemeinschaft aufrecht zu erhalten und ihren Bestand unter sich verändernden Bedingungen immer wieder neu abzusichern – ohne die indigene Identität zu gefährden.

Wie immer dieses Experiment konkret endet, zeugt es vom Vermögen der Indígenas, Strategien zur Bewältigung einer sozialen und wirtschaftlichen Krise im Kontext ihrer kulturellen Leitbilder zu bewerkstelligen. Die unzähligen Versammlungen zur Rettung der Mine, die zähen Verhandlungen nach innen mit den Angehörigen der Reservation, die Organisation öffentlicher Foren bilden die beste Grundlage, auch in einem noch ungewohnten Ambiente eine nachhaltige Entwicklung insbesondere im Sinne der kulturellen Reproduktion in Gang zu setzen.

2.2 *Plan Alterno*

Der *Plan Alterno* ist ein Plan der Landesregierung des Cauca, der vor allem die Substitution des illegalen Drogenanbaus vorsieht und sich vordergründig gegen die Besprühungen der Anbauflächen aus der Luft durch die nationale Regierung richtet, wie sie der *Plan Colombia* vorsieht. Der *Plan Alterno* soll stattdessen Alternativen zu diesem *Plan Colombia* aufzeigen. Er wird von fünf weiteren Departements unterstützt, die allesamt im Süden Kolumbiens liegen und ebenfalls von den Besprühungen aus der Luft betroffen sind. Im Cauca soll er darüber hinaus eine Alternative zum fehlgeschlagenen Regierungsplan PLANTE sein, der ebenfalls die Substitution des Drogenanbaus vorsah, jedoch aufgrund zu geringer konkreter Unterstützung des Staates für Umstel-

lungswillige weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Im Gegenteil: Der Anbau von Koka und Schlafmohn expandierte von zuvor 7 auf 21 Landkreise.

Die Koka-Produktion im Cauca verteilt sich rein rechnerisch auf über die Hälfte (53 Prozent) aller Verwaltungsbezirke und 4,3 Prozent der nutzbaren Fläche. Der Großteil der Anbauflächen konzentriert sich allerdings bislang auf die südliche Region des *Macizo Colombiano*. Der im Juni 2001 vorgestellte *Plan Alterno* greift Erfahrungen des Gouverneurs Floro Tunubalá auf, die er als *gobernador* (oberster Repräsentant einer Reservation) der Reservation Guambía sammelte. Dort betrieb er schon früher die manuelle Entfernung von Koka-Pflanzen, die für die Herstellung von Kokain bestimmt waren. Auf indigenen Territorien kann eine geringe Menge an Kokapflanzen straflos angebaut werden, soweit sie einer kulturellen Nutzung zugeführt werden.

Ebenso setzte sich Tunubalá schon damals dafür ein, die kleinbäuerlichen Produzenten vom Geruch der Kriminalität zu befreien und sie statt dessen als Partner zu gewinnen, um dem Projekt zum Erfolg zu verhelfen. Außerdem soll der *Plan Alterno* nicht nur diejenigen begünstigen, die bisher Koka und Schlafmohn zur Drogenherstellung anbauen und nun zur Umstellung bereit sind. Gerade auch diejenigen, die sich trotz gleicher widriger Umstände an Recht und Gesetz halten, sollen mit Förderprogrammen belohnt werden. Schließlich sollen auch 50 Hektar Koka legal angebaut, verarbeitet und vermarktet werden. Für die kleinbäuerliche Bevölkerung in der Region trug die Pflanze immer schon zum Überleben auf Subsistenzniveau bei. Der *Plan Alterno* sieht aber auch alternative Nutzungen als Heilpflanze, Tee, Erfrischungsgetränk oder in Form von Papier vor.

Schon in seinem unmittelbaren Ziel, der manuellen Beseitigung von Koka- und Schlafmohnpflanzungen im Austausch gegen alternative Anbaukulturen und Einkommensmöglichkeiten, ist der *Plan Alterno* auf die Region abgestimmt. Nicht umsonst beruht er auf einer breit geführten Diskussion mit sozialen Bewegungen und Organisationen im Cauca. Und nicht zufällig enthält er keine nennenswerte Empfehlung für die afrikanische Ölpalme, um Koka oder Schlafmohn zu ersetzen. Hingegen empfiehlt die nationale Regierung im Rahmen des *Plan Colombia* besonders nachdrücklich die Substitution durch die afrikanische Ölpalme. Angesichts der allseits bekannten Vermarktungsbedingungen wäre dies für kleinbäuerliche Produzenten jedoch eine glatte Fehlinvestition. Demgegenüber schlägt der Regionalplan für den Cauca die Sicherung der Ernährung und, soweit möglich, Agrarprodukte mit Qualität für die Vermarktung vor. Je nach Lage, Klima, Anbautradition und technologischem Vermögen variieren die Produkte. In diesem Ansatz ähnelt der *Plan Alterno* den *planes de vida*. Zusätzlich werden die Konkurrenzverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt zu Produkten aus dem Bundesstaat Nariño – bestimmt für die Großstadt Cali – und auf dem von Ecuador aus beschickten Holzmarkt analysiert.

Die Ernährungs- und Einkommenssicherung im kalten Klima (hochgelegene Bergregionen) stützt sich unter anderem auf den Anbau von Bohnen und Kartoffeln im Mischfruchtanbau, Quinoa, Brokkoli (bisher aus Ecuador importiert), Zwiebeln, Rüben

zur Alkoholgewinnung (bislang aus Ecuador importiert) sowie von Medizinalpflanzen. Einkünfte aus der Holzgewinnung und dem Waldmanagement sowie eine Gartenbebauung sollen die Einkünfte auf ein befriedigendes Niveau heben. Für das mittlere Klima schlägt der Plan den Anbau von Spargel für den Export, von Mais, Bohnen und Bio-Café sowie die Herstellung und Verkauf von *panela* (nicht raffiniertem Rohrzucker in Haustechnik) vor. Für den Bereich der heißen Temperaturen wird der Anbau von Chontaduro, Kakao, Yuca (Maniok), Plátano (Kochbanane), veredelten Zitrusfrüchten und anderen Früchten sowie Mais für die Agroindustrie empfohlen. In diese Aufteilung und differenzierte Strategie sind viele Erfahrungen der indigenen Gemeinschaften eingeflossen (Gobernación del Departamento del Cauca 2001; Rathgeber 2001b [Interview]).

10.000 Familien sollen durch den *Plan Alterno* vom Anbau illegaler Pflanzen abkommen, sich organisieren und ausbilden. 2.800 Hektar Schlafmohn- und 3.700 Hektar Koka-Anpflanzungen sollen in legale Pflanzungen umgewandelt werden. In 20 ausgewählten Landkreisen soll der Lebensstandard exemplarisch verbessert, in den besonders vom Drogenanbau betroffenen Regionen um 20 bis 30 Prozent erhöht werden.

Zur Durchsetzung der Ziele benötigen die Begünstigten moderne Technik, eine Kleinproduzenten stärkende Organisation des Marktes, Infrastrukturverbesserungen wie Bewässerung, Sammelstellen und Lagerungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung und Ausbildung. Die Qualität der Produkte bestimmt sich über den Einsatz von organischem statt chemischem Dünger. Die im *Plan Alterno* ausgewiesenen Kosten für die Projekte der landwirtschaftlichen Produktion belaufen sich auf 40 Millionen Euro.

Gleichzeitig ist der *Plan Alterno* auch ein Plan zur nachhaltigen und aus eigenen historischen Mitteln bewerkstelligten Entwicklung der gesamten Region Cauca. Er postuliert eine alternative Strategie zur Bewahrung und Förderung der biologischen und ethnischen Vielfalt im Departement. Dessen Selbstverständnis war bislang im wesentlichen von der Perspektive politisch und ökonomisch rückwärtsgewandter Viehzüchter und Großgrundbesitzer bestimmt: Demokratie, Transparenz, kulturelle Vielfalt, soziale Gerechtigkeit oder wenigstens katholische Soziallehre kamen in ihren Regierungsplänen kaum vor. Die Vorbereitung und bisherige Durchführung des *Plan Alterno* belegt hingegen einen Prozess unter Teilnahme vieler Interessenverbände aus dem Bereich der sozialen Bewegungen und hat die soziale, wirtschaftliche, ökologische und institutionelle Rekonstruktion der Region Cauca zum Ziel. Seine Priorität liegt auf der nachhaltigen Ressourcennutzung und der Wiedergewinnung entsprechender lokaler sowie regionaler Kenntnisse und Fähigkeiten.

Für die Umsetzung des *Plan Alterno* muss zunächst das angemessene Umfeld geschaffen werden. Die Wiederherstellung des Rechtsstaats, die breite Partizipation der Betroffenen und der Kampf gegen Korruption und Klientelismus machen aus dem *Plan Alterno* folglich auch einen Masterplan, der die Modernisierung der politischen Verhältnisse im Bundesstaat mit der Regionalisierung seiner wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen verknüpft. Wenn nur ein Teil davon gelingt, ist schon ein wesentlicher

Schritt getan, die durch das alte Establishment verursachten Verkrustungen in Politik und Gesellschaft aufzubrechen.

So umfasst der Begriff 'Nachhaltigkeit' im *Plan Alterno* nicht nur die standort-spezifische und -gerechte Produktion, sondern die Herstellung politischer, partizipativer, transparenter sowie sozialer Verhältnisse. Der Plan integriert traditionelle Lebensweisen zur Grundsicherung und gibt Impulse zur sozialer Selbstorganisation. Es wird nicht überraschen zu erfahren, dass die organisierten Indígenas im Cauca eine der wesentlichen sozialen Stützen bei der Umsetzung des *Plan Alterno* darstellen.

6.2 *Plan de Etnodesarrollo*

Der Begriff *Plan de Etnodesarrollo* (Plan zur Förderung einer ethnisch bestimmten Entwicklung) bezeichnet ein Entwicklungsvorhaben der Embera-Katío, das ihnen die Wiederherstellung ihrer tradierten Wirtschaft und die Wiederbelebung der soziokulturellen Beziehungen erlauben soll. Der Plan enthielt handlungsleitende Vorgaben zur Erhöhung der Nahrungssicherheit sowie zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Transportwege. Ebenso gab es Finanzierungsvorschläge, um das Quellgebiet des Río Sinú als Trinkwasserreservoir für eine Million Menschen zu schützen. Der Plan nimmt außerdem Zielbestimmungen wie die Verteidigung der Menschenrechte auf. Die Stärkung der Selbstorganisation und die Rückgewinnung traditioneller Gebräuche zur ressourcenschonenden Aneignung der Natur münden in den Auftrag an sich selbst, den ökonomischen, sozialen und kulturellen Wiederaufbau der Embera-Katío in die Hand zu nehmen. Beim *Plan de Etnodesarrollo* handelt es sich um Entwicklungsvorgaben für eine ganze Region. Die Verantwortung der Ausführung liegt bei den *cabildos*.

Unbeschadet der schwierigen Ausgangslage für die Embera-Katío, gelang es ihnen, über Inhalte und Forderungen eine intensive Auseinandersetzung herbei zu führen. Unter Vermittlung der nationalen Dachorganisation ONIC wurde auch die angesichts der internen Verwerfungen zwar naheliegende, aber gleichzeitig tabubelegte Frage zugelassen und diskutiert, ob es überhaupt eine gemeinsame Zielbestimmung geben sollte.

Die Embera-Katío leben im Nordwesten Kolumbiens (*departamento* Córdoba) auf einer Reservation in der Größe von knapp über 200.000 Hektar. Ihr Territorium liegt in einem Nationalpark (*Parque Nacional Natural de Paramillo*), der doppelt so groß wie die Reservation ist. Der Nationalpark stellt das letzte Überbleibsel des tropischen Regenwaldes im karibischen Raum Kolumbiens dar. Die 2.400 Bewohner verteilen sich auf 19 Gemeinschaften, die entlang vier großer Flüsse angesiedelt sind: Río Sinú, Río Esmeralda, Río Verde und Cruz Grande. Die Embera Katío gehören zur größeren Gemeinschaft der Embera mit insgesamt ca. 57.000 Angehörigen. Die Embera leben überwiegend im Einzugsbereich des pazifischen Ozeans, davon ca. 35.000 im *departamento* Chocó, ungefähr 20.000 im *departamento* Antioquia und die rund 2.400 Embera-Katío im *departamento* Córdoba.

In allen Regionen herrschen die Bedingungen des tropischen Regenwaldes. Traditionell leben Embera-Gemeinschaften in kleinen, von nur wenigen Familien bewohnten Siedlungen entlang der Flüsse und Gewässer. Die geringe Reproduktionsrate des tropischen Regenwaldes an einem fixen Standort fordert den Embera eine hohe Mobilität ab. Auch sie haben ein ausgeklügeltes System von gartenähnlichen Anpflanzungen im Regenwald, Sammeln von Früchten, Jagd und Fischfang etabliert. Diese Form der 'Bewirtschaftung' erbrachte keine oder kaum Überschüsse für die Vermarktung, bot aber lange Zeit eine ausreichende Nahrungssicherheit.

Die Embera verfügen über eine ausgeprägt dezentrale und wenig hierarchisierte Form der politischen Repräsentation und Entscheidungsfindung. Jede Großfamilie war mehr oder weniger autonom in ihren Entscheidungen, wenngleich wichtige Fragen von einem Rat behandelt wurden, der sich aus Repräsentanten der gesamten Siedlung zusammensetzte. Auf eine gemeinsame Plattform zielende Organisationsprozesse fanden erst in jüngerer Zeit statt. Sie sind bis heute von tradierten Streitigkeiten zwischen einzelnen Familien oder Siedlungen durchsetzt (Cabildos Mayores 1999; Rathgeber 2000a [Interview]).

Ein zentraler Streitpunkt zwischen den Embera-Katío nahm mit der Zuwanderung von Kleinbauern in das Gebiet des Nationalparks seinen Ausgang, die in den 1960er Jahren von Großgrundbesitzern aus den tiefer gelegenen Gebieten vertrieben worden waren. Die Kleinbauern, unerfahren mit tropischem Regenwald, erzielten ihr Haupteinkommen recht bald aus dem Holzeinschlag. Der Einschlag mit Axt und Handsäge hielt zwar die Auswirkungen auf das Ökosystem noch in engen Grenzen. Mit dem Einsatz der Motorsäge ab den 1980er Jahren schnellten die Einschlagsraten jedoch in die Höhe, so dass eine natürliche Regeneration des Waldes nicht mehr möglich war. Auch einige Embera-Katío sahen im Holzeinschlag die Chance, (Geld-)Einkommen zu erzielen, um Dinge des täglichen Lebens wie Werkzeuge, Boote mit Außenbordmotoren, Taschenlampen oder Radios erwerben zu können.

Die beschleunigte Zerstörung des Regenwaldes missfiel wiederum den auf die Tradition achtenden Mitgliedern anderer Gemeinschaften, die ein allmähliches Verschwinden des Waldes und damit eine spirituelle wie kulturelle Auszehrung befürchteten. Der Holzeinschlag hatte in kaum zwanzig Jahren fast ein Fünftel des Waldes im *Parque Nacional Natural de Paramillo* zerstört. Es begann ein langwieriger Mediationsprozess zwischen den beiden Gruppen, aus dem die wesentlichen Teile für den *Plan de Etnodesarrollo* hervorgingen. So wurde verabredet, den Holzeinschlag im Bereich des noch intakten, ursprünglichen Regenwaldes zu untersagen. Gleichzeitig wurden Aufforstungsprojekte für die kahlgeschlagenen Flächen entworfen, in denen als erste Maßnahme die Versorgung der Gemeinden mit schnell wachsendem Feuer- und Bauholz festgeschrieben wurde. Erst wenn diese Bedürfnisse versorgt werden können, kommen andere, langsamer wachsende, native Bäume sowie alternative Formen der Holznutzung zum Zug.

Der *Plan de Etnodesarrollo* sah darüber hinaus angepasste Technologien bei der nachhaltigen Nutzung des Regenwaldes vor, um einer wachsenden Bevölkerung mit steigenden Bedürfnissen ein ausreichendes Einkommen zu ermöglichen. Aufwendungen für die Gesundheitsversorgung, für Sanitärsysteme und Ausbildungsmöglichkeiten mussten inzwischen auch von den Embera-Katío mit Geld beglichen werden.

Mit dem Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Gemeinden der Embera-Katío war bereits ein wesentliches Stück der im Plan postulierten, nachhaltigen Entwicklung, d.h. die Wiederherstellung der gemeinsamen kulturellen Identität in Gang gesetzt. Ebenso sah der Plan den Aufbau einer repräsentativen, politischen Organisation vor, um für die Entwicklung der internen Beziehungsstruktur eine von gemeinsamen Normen geleitete Institution zu haben. Nach außen sollten die gemeinsamen Interessen der Embera-Katío verteidigt werden. Letzteres wurde schneller nötig, als die meisten ahnten (Cabildos Mayores 1999; Rathgeber 2000a [Interview]).

Der *Plan de Etnodesarrollo* nahm ein jähes Ende. Zentrale Annahmen waren verändert, als das Wasserkraftwerk URRA I fertig gestellt wurde. Die Regierung in Bogotá hatte nach der einschneidenden Erfahrung von 1992 mit täglichen und stundenlangen Stromsperrern beschlossen, die Versorgung mit elektrischer Energie zu stabilisieren. 1993 wurde mit dem Bau des Wasserkraftwerks URRA I am Río Sinú begonnen. Die dort siedelnden Embera-Katío blieben lange Zeit im Ungewissen, was überhaupt auf sie zukommen würde. Erst allmählich wurden die Folgen des Stausees absehbar. Die Betreiber hatten keine Anstalten gemacht, entsprechend den gesetzlichen Anforderungen eine Konsultation durchzuführen. Die daraufhin ausbrechenden Auseinandersetzungen zwischen den Embera-Katío und den Kraftwerksbetreibern bezogen allerdings nur einen Teil der Gemeinschaften mit ein. Die um die Tradition Besorgten hatten auch hier wieder auf vielerlei Gefahren hingewiesen, die den Embera-Katío und ihrer vom Fluss nachhaltig bestimmten Kultur drohen. Angesichts der Starrköpfigkeit der Betreiber besetzten die Embera-Katío 1996 die schwedische Botschaft in Bogotá. Schweden hatte Bauteile zur Errichtung der Staumauer geliefert. Erst danach setzte sich die Firma mit den Betroffenen – auch Fischern und Kleinbauern – an einen Tisch.

Inzwischen hatten die Embera-Katío mit Hilfe universitärer Experten herausgefunden, dass zumindest in den ersten fünf Jahren mehrere Fischarten kaum oder gar nicht mehr vorhanden sein würden. Die Nahrungssicherheit der indianischen Bevölkerung war plötzlich nicht mehr gewährleistet. Den unterhalb des Stausees lebenden Fischern und Kleinbauern brach ebenfalls die Existenzgrundlage weg. Sie hatten den Fischreichtum und den durch die zyklischen Überschwemmungen fruchtbaren Boden für ein bescheidenes Leben genutzt. Die Besetzer der schwedischen Botschaft forderten mit Verweis auf den *Plan de Etnodesarrollo* Garantien für das kulturelle Überleben und Projektmittel für alternative Unternehmungen. Der Plan selbst war zu diesem Zeitpunkt faktisch schon Makulatur.

Die Auseinandersetzungen um das Wasserkraftwerk und seine Folgen eskalierten. Zum einen stoppte der kolumbianische Verfassungsgerichtshof die Flutung, da wesent-

liche Konsultationsrechte der Indígenas beim Bau des Wasserkraftwerks nicht beachtet worden waren. Das Oberste Gericht legte Regierung und Kraftwerksbetreibern auf, eine umfassende Entschädigung zu leisten und dafür zu sorgen, dass der räumliche Zusammenhalt der Embera-Katío nicht zerstört und mithin die ethnische Identität respektiert würde. In gleicher Weise erlegte das Gericht den beiden Parteien auf, die bekannten Zwistigkeiten innerhalb der Embera-Katío-Gemeinschaften nicht mutwillig zu vertiefen und zu instrumentalisieren, um die gemeinsame Identität nicht zu gefährden (Corte Constitucional 1998). Ein weiser Beschluss, aber ohne Folgen. In den gerichtlich angeordneten Folgeverhandlungen wurden die Embera-Katío-Gemeinschaften bewusst gespalten. Offensichtlich waren die früher dem Holzeinschlag nachgehenden Gemeinschaften der Embera-Katío durch Geldversprechen leichter zu verführen, als die anderen. Mit den Ersteren wurde ein separates Abkommen geschlossen, dieses der Öffentlichkeit jedoch als 'Einigung mit den Embera-Katío' verkauft.

Unglücklicherweise geriet die Region außerdem zum Epizentrum bewaffneter Gruppen: Guerilla, von Großgrundbesitzern gedungene, paramilitärische Banden, Schmuggler und Drogenmafiosi sowie parteiische, unfähige staatliche Sicherheitskräfte. Alle verwandten so gut wie keine Mühe darauf, in ihrem Streben um die militärische Kontrolle der Region die Zivilbevölkerung zu schonen. Auch unter den Embera-Katío gab es zahllose Todesopfer, weil viele zur falschen Zeit der falschen Seite mit Essen oder Booten behilflich sein mussten. Es gab ab dem Jahr 1998 auch gezielte Morde an herausragenden Repräsentanten der Embera-Katío, die den Widerstand gegen das Staudammprojekt angeführt oder die kritischen Verhandlungen mit den Kraftwerksbetreibern wesentlich bestimmt hatten.

Aus den gerichtlich angeordneten Verhandlungen ging ein Abkommen hervor, das die Embera-Katío den *Plan Jenené* taufte, der in weiten Bereichen an den *Plan de Etnodesarrollo* anknüpfte. Aber auch dieser Plan war zum Scheitern verurteilt. Der Kraftwerksbetreiber kam zwar seinen Vertragsverpflichtungen nach. Die Leistungen in Geld oder Naturalien wurden den Embera-Katío jedoch fast postwendend von den paramilitärischen Banden wieder abgenommen. Aufgrund der untätigen staatlichen Sicherheitsbehörden stehen die Embera-Katío buchstäblich mit leeren Händen da.

Hier wie in den anderen Beispielen zeigt sich zweierlei: Zum einen das große Potential der Indígenas, die zum Teil unter widrigen Umständen zumindest ihre internen Angelegenheiten in einer Weise regeln, die ein gemeinsames Ganzes aufgrund der gemeinsamen Herkunft zulässt. Die ethnische Basis trägt nicht automatisch, sondern das Gemeinsame muss über die Regelung der sozialen Bedürfnisse angegangen werden. Zum anderen, dass die Potentiale sich jedoch nicht automatisch und unter allen Umständen entfalten, vielmehr auch interne Konfliktlinien vom Gegner verstärkt und zum Nachteil der Gemeinschaft ausgenutzt werden. Der Krieg in dieser Region macht jede Regung zunichte, die einen unabhängigen Zukunftsentwurf und eigene Denkmuster zum Inhalt haben. Allein öffentliche Debatten über Politik oder Wirtschaftsmodelle sind lebensgefährlich; von abweichenden Konzepten ganz zu schweigen (Rathgeber

2000a [Interview], 2001a [Aufzeichnungen]). In solchen Situationen bietet allenfalls ein Netzwerk der internationalen Solidarität eine Chance, auf die Gefahr für das nackte Überleben hinzuweisen und eigene Ideen einer nachhaltigen Entwicklung wenigstens öffentlich zu machen.

7. Resümee

Das Beispiel der Embera-Katío verdeutlicht vor allem anderen, dass die indigenen Experimente tatsächlich auch vom Scheitern bedroht sind. Gleichwohl haben alle Beispiele das umfassende Verständnis von nachhaltiger Entwicklung illustriert, das indigenen Völkern eigen ist. Kaum ein Aktivitätsfeld blieb unberücksichtigt: soziale Grundversorgung, Infrastruktur, Strukturpolitik, regionale Standortpolitik, zivile Krisenprävention und demokratische Herrschaftsformen, spirituelle Leitbilder auch für eine moderne Lebensgestaltung und das Nachdenken über die Welt der Nachkommen. Dieses umfassende Begreifen der menschlichen Existenz in gemeinschaftlichen oder gesellschaftlichen Bezügen sowie in den wechselwirkenden Verhältnissen mit der äußeren Natur füllt nicht nur Papier und Tonträger, sondern wird auch in Handlungen umgesetzt. Daher die jenseits vom Klischee doch immer wieder bemerkenswerten Erfahrungen dieser Menschen mit der Wahrheit ihrer Annahmen.

Erkennbar geht es den kolumbianischen indigenen Organisationen um Einflussnahme auf die Politik und die Rückgewinnung des politischen Raums, d.h. um eine Teilhabe an der gesellschaftlichen Gestaltung. Ihr tatsächlicher Einfluss ist dabei immer noch gering. Am Beispiel des CRIC lässt sich gleichwohl nachzeichnen, dass die beharrlichen Bemühungen um zivile, politische Muster der Konfliktbearbeitung und die Basisarbeit zugunsten gesellschaftlicher Bindungen zumindest in der Region und nach innen Früchte tragen. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag, der geeignet ist, souverän auftretende Träger und Akteure hervorzubringen, die für ihre Kultur eintreten und entsprechende gesellschaftliche Räume zur Entfaltung einfordern. Es ist aber noch ein langer Weg, bis daraus Anstöße entstehen, grundsätzlich und in gesellschaftlich relevantem Maße über die Bedingungen und Voraussetzungen der gesellschaftlichen Anerkennung von kultureller Differenz nachzudenken. Der Begriff der Nachhaltigkeit enthält zwar diesen Impuls und wird von den untersuchten indigenen Gemeinschaften auch so besetzt und angewandt. Er ist jedoch nicht automatisch dafür zielführend. Wie eingangs erwähnt, lassen andere Interessen auch einen anderen Deutungsgehalt definieren.

Wenn daher in Vorbereitung solch grundsätzlicher Auseinandersetzungen rechtsstaatliche Institutionen, dialogische Konfliktlösungsmuster, der Respekt vor anderen Leitbildern immer mehr Raum einnehmen, wäre dies nicht der schlechteste, sondern ein geradezu nachhaltiger Beitrag indigener Völker zu ihrem Überleben und zur notwendigen kulturellen Vielfalt der sie umgebenden Gesellschaft.

Abkürzungen

CECOIN	Centro de Cooperación al Indígena
CRIC	Consejo Regional Indígena del Cauca
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia
GhK	Gesamthochschule Kassel
IICA	Instituto Interamericano de Cooperación para Agricultura, Ministerio de Agricultura
NAFTA	North America Free Trade Agreement
OECD	Organisation for Economic Co-Operation and Development
ONIC	Organización Nacional Indígena de Colombia

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (2000): *Kolumbien-aktuell*, No. 296. Zürich.
- (2001): *Kolumbien – am Abgrund eines offenen Krieges*. Ms.; Zürich.
- Cabildo Indígena de Puracé (2001): *Mina de azufre natural “El Vinagre”*. Puracé / Popayán [Prospekt zum Minenprojekt der Indígena-Gemeinschaft Puracé; Broschüre im Selbstverlag].
- Cabildos Mayores del Río Sinú y Río Verde (1999): *Reconstrucción económica y socio-cultural del Pueblo Embera-Katío*. Tierralta [Projektentwurf, Broschüre].
- Corte Constitucional [Colombia] (1998): *Sentencia No. T-652/98*. Santa Fe de Bogotá: Corte Constitucional, República de Colombia.
- CRIC (1995): *Cumplimiento de Acuerdos entre Cabildos Indígenas del Cauca, el CRIC y el Estado Colombiano*. La María / Piendamó [Vertragstext].
- (1997): *Nuestra experiencia organizativa, 1995-1997*. Popayán [Broschüre im Selbstverlag].
- (1999): *Del silencio a la palabra. Territorio de convivencia, diálogo y negociación*. Popayán [Informationsmaterial, Broschüre im Selbstverlag].
- (2000): *Tejiendo una propuesta de vida*. Popayán [Broschüre im Selbstverlag].
- Edwards, Sebastian (2001): *The Economics and Politics of Transition to an Open Market Economy: Colombia*. OECD Development Centre Studies. Paris: OECD.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (ed.) (2000): *Illegale Drogen: Gesellschaftliche Bedrohung und politische Herausforderungen für Europa und Lateinamerika*. Dialogreihe Entwicklungspolitik, 13. Bonn / Erkrath.
- Gligo, Nicolo / Morello, Jorge (1983): “Zur ökologischen Geschichte Lateinamerikas – Conquista und Kolonialzeit.” In: Ehrke, Michael / Evers. Tilman / Meschkat, Klaus / Müller-Plantenberg, Clarita / Müller-Plantenberg, Urs / Wunderlich, Volker (eds.): *Lateinamerika – Analysen und Berichte*, 7: 28-44. Hamburg: Junius.
- Gobernación del Departamento del Cauca (2001): *Documento del Proyecto: Plan Alternativo al Plan Colombia en el Departamento del Cauca*. Popayán: Departamento del Cauca, República de Colombia [Broschüre im Selbstverlag].
- International Peoples Tribunal on Human Rights and the Environment (1997): *Sustainable Development in the Context of Globalization*. New York.

- Meschkat, Klaus (1983): "Umweltzerstörung und Widerstand. Fallstudien aus dem Südwesten Kolumbiens." In: Ehrke, Michael / Evers, Tilman / Meschkat, Klaus / Müller-Plantenberg, Clarita / Müller-Plantenberg, Urs / Wunderich, Volker (eds.): *Lateinamerika – Analysen und Berichte*, 7: 86-112. Hamburg: Junius.
- Münzel, Mark (1985): *Die Indianer*. Band 2: *Mittel- und Südamerika*. München: dtv.
- OECD (ed.) (2001): *Sustainable Development. Critical Issues*. Paris: OECD.
- ONIC / CECOIN / GhK (eds.) (1995): *Tierra profanada – Grandes proyectos en territorios indígenas en Colombia*. Santa Fe de Bogotá: Disloque Ed.
- ONIC / IICA (eds.) (1998): *Planes de vida de los pueblos indígenas. Fortaleciendo la pervivencia*. Ms.; Santa Fe de Bogotá.
- Pineda Camacho, Roberto (1995): "Pueblos indígenas de Colombia: Una aproximación a su historia, economía y sociedad." In: ONIC / CECOIN / GhK (eds.): *Tierra profanada – Grandes proyectos en territorios indígenas en Colombia*, pp. 3-38. Santa Fe de Bogotá: Disloque Ed.
- Polanyi, Karl (1944): *The Great Transformation*. New York: Rinehart & Co.
- (1977): *The Livelihood of Man*. New York: Academic Press.
- Rathgeber, Theodor (1994): *Von der Selbsthilfe zur Selbstbestimmung? Chancen autonomer Lebensproduktion in indianischen und kleinbäuerlichen Organisationen in Kolumbien*. Münster / Hamburg: LIT.
- (1997a): *Aufzeichnungen vom 10. CRIC-Kongress, Silvia (Kolumbien) [1997]*. Ms.
- (1997b): *Interview mit dem Präsidenten der ONIC, Abadio Green, Bonn*. Ms.
- (1999): *Interview mit dem Präsidenten der ONIC, Armando Valbuena, Göttingen*. Ms.
- (2000a): *Interview mit dem Embera-Delegierten Neboruby, Göttingen / Berlin*. Ms.
- (2000b): *Interview mit Delegierten des CRIC, Hannover / Göttingen / Berlin*. Ms.
- (2001a): *Aufzeichnungen vom 11. CRIC-Kongress, La Maria / Piendamó (Kolumbien) [2001]*. Ms.
- (2001b): *Interview mit dem Gouverneur des Departements Cauca, Berlin*. Ms.

